

Ungarische Politik jenseits von Nationalstaat und Nationalismus: Gustav Gratz (1875—1946)

Von Günter S c h ö d l, Erlangen

(Fortsetzung von Heft 1/1985)

Ein weiterer Schwerpunkt in Gratz' amtlicher Tätigkeit 1917/18 war die Koordinierung ungarischer und österreichischer Interessen. Vor allem im Frühjahr 1918 führte er wochenlange Verhandlungen, um Ungarn von einer wesentlichen Reduzierung der Lebensmittellieferungen nach Österreich abzuhalten. Er befürchtete, in diesem Falle werde es in Cisleithanien zu einer Hungersnot, schließlich zu Unruhen und Umsturz kommen.⁴⁷ Letzte Anstrengungen zur Krisenverhinderung bzw. Stabilisierung des Systems unternahm er im September/Oktober 1918. Zu einem bot er im Auftrag des Königs in Budapest Návay die Ministerpräsidentenschaft an. Návay sollte — nach Karls Willen — durch die Realisierung des „Trialismus“ die bevorstehende südslawische Sezession verhindern. Aber Návay, der unter dem Einfluß von Tisza und Andrassy stand, verzichtete.⁴⁸ Zum anderen suchte Gratz als Abgesandter des Ministers des Äußern, István Graf Burián, am 14. Oktober 1918 den ‚starken Mann‘ der ungarischen Politik, István Graf Tisza, in Budapest auf.⁴⁹ Er bewog diesen, sein Drängen auf Ablösung Buriáns zunächst einmal aufzugeben.

Gerade während dieser Versuche, gegen die spätestens im Juli 1918 „unvermeidlich näherrückende Katastrophe“⁵⁰ doch noch etwas zu unternehmen, registrierte Gratz mancherlei tieferliegende Krisenursachen. Sie konnten letztlich auch den ungünstigen Kriegsverlauf verständlich machen. Vor allem stieß er immer wieder auf die Tatsache eines erheblichen „Mangel[s] an kraftvollen Persönlichkeiten“.⁵¹ An die Stelle der Tisza, Conrad von Hötzendorf, Czernin sowie Bethmann Hollweg waren „unschlüssige graue Persönlichkeiten“⁵² wie Wekerle, wie Arz von Straussenburg, Burián und Graf Hertling getreten: „Je näher man sie kannte, umso mehr mußte man darüber verzweifeln, daß die Führung in einer so schweren Zeit in ihren so schwachen Händen lag ... Wer über das Mittelmaß hinausragte, mußte im Hintergrund verschwinden.“⁵³ In Ungarn insbesondere mangelte es an zielbewußter Autorität. Der sehr gealterte Wekerle konnte sich gegen

47 Dazu a.a.O., S. 90, 101 ff.

48 Vermutlich geschah dies im September 1918. Dazu a.a.O., S. 107 f.

49 a.a.O., S. 108 ff.

50 a.a.O., S. 106.

51 ebda

52 ebda

53 Gratz' „Lebenserinnerungen“ enthalten zahlreiche, zum Teil kritische biographische Skizzen führender Persönlichkeiten der Donaumonarchie. Hier S. 106.

jene „Clans“,⁵⁴ die das politische Leben beherrschten, nicht mehr durchsetzen. Weder in der Frage der Wahlrechtsreform noch bei Spezialproblemen des Verhaltens gegenüber ‚Wien‘.⁵⁵

Aber obwohl Gratz manche strukturelle Schwächen des politisch-gesellschaftlichen Systems erkannte und auch bestimmte Fehler des Monarchen bemerkte, sah er keine Alternative zu dualistischem System und habsburgischer Dynastie. Insofern blieb trotz des allgemeinen Umbruchs seit Ende 1918 die Kontinuität seines politischen Denkens erhalten: er hielt noch nach der Ausrufung der Republik⁵⁶ an der Hoffnung fest, „es werde bei den Siegermächten ja doch früher oder später die Erkenntnis erwachen, daß die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie von ihrem Standpunkt aus gesehen ein Wahnsinn sei, der nur dem Deutschen Reich nützlich sein kann ...“.⁵⁷ Bereits zu diesem Zeitpunkt, noch mehr aber seit Oktober 1919 als ungarischer Gesandter geriet er daher wiederholt in Auseinandersetzungen mit den neuen Machthabern in Österreich. Vor allem die Beziehungen zu Staatskanzler Karl Renner verschlechterten sich. Gratz hatte dessen Forderung nach einer autonomistisch-föderalistischen Umgestaltung des Dualismus stets interessiert aufgenommen. Umso mehr aber war er enttäuscht, daß Renner nach dem Umsturz „seine alten Ideen für überholt hielt und einer Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich den Weg zu ebnen bemüht war, während ich auch weiterhin ‚österreichisch-ungarisch‘ dachte und fühlte.“⁵⁸

Die grundsätzliche Distanz zu *national* orientierter Politik legte Gratz auch dem ungarischen Nachfolgestaat gegenüber an den Tag. Als Gesandter dieses Staates in Wien, sogar als Außenminister versuchte er, die Möglichkeit zur Rückverwandlung ungarischer Politik in österreichisch-ungarische offenzuhalten. Diese persönliche Option für supranationale Politik, dieser Vorbehalt gegenüber nationalistischem Loyalitätszwang war ihm von Jugend auf zur zweiten, zur politischen ‚Natur‘ geworden, — nun wurde sie zur Voraussetzung seiner systemimmanenten Opposition: er wurde zu einem der aktivsten Träger jener „legitimistischen“ Bestrebungen, welche zunächst in Ungarn die Ergebnisse von 1918, insbesondere den Trend zur nationalen Sezession umkehren sollten.

Die Rolle, die Gratz im Zusammenhang mit den beiden Versuchen ei-

54 a.a.O., S. 102.

55 Von exemplarischer Bedeutung diesbezüglich waren die Auseinandersetzungen über Ungarns Getreidelieferungen an Österreich. Bezeichnend für die Loyalität von Gratz gegenüber der Habsburgermonarchie ist u.a., daß er sich entschieden gegen die Auffassung des ungarischen Ernährungsministers János Graf Hadik wandte, der gesagt hatte: „Wenn Österreich nichts zu essen hat, soll es keinen Krieg führen.“ (a.a.O., S. 92). Vgl. u. a. S. 101 f., 106 f.

56 Gratz blieb bis Ende 1918, als er die Leitung der Ungarischen Erdgasgesellschaft in Budapest übernahm, im Ministerium des Äußern tätig.

57 a.a.O., S. 111.

58 So u.a. in einer Unterredung vom 13. November 1919. Siehe a.a.O., S. 122.

ner habsburgischen Restauration im März/April und Oktober 1921 spielte, ist nicht restlos zu klären. Es dürfte aber doch feststehen, daß er in beiden Fällen keinen Einfluß auf die tatsächliche Entscheidung über Zeitpunkt und Modus der jeweiligen Aktionen — sie können an dieser Stelle nicht näher dargestellt werden⁵⁹ — ausgeübt hat. Sein persönlicher Anteil war anderer Art: er war innerhalb der ungarischen Emigranten in Wien als Organisator und ‚Vordenker‘ aktiv. Später, während seiner Amtszeit als Gesandter in Wien, und als Außenminister gewann er innerhalb der „legitimistischen“ Gruppen noch zusätzlich an Autorität. Nach dem Mißlingen des ersten Rückkehrversuches betraute ihn der Monarch geradezu mit der Führung: „Ich fordere ... alle meine Getreuen auf, sich um Dr. Gustav Gratz zu scharen, der mein volles Vertrauen besitzt.“⁶⁰ In der Wiener Emigration ebenso wie nunmehr als zentrale Gestalt der Legitimisten in Ungarn selbst trat im Verhalten von Gratz erneut jenes strukturelle Charakteristikum hervor, das er sich schon in seiner Jugend *zwischen* Magyaren und Sachsen erworben hatte, — das Talent, auch Argumentationen mitzudenken, die *nicht* die seigenen waren, stets Vermittler zu sein.

Im Kreise der Emigranten in Wien im Jahre 1919 sorgte er für ein Mindestmaß an Kontakt zwischen zwei gegnerischen Lagern. Nämlich zwischen der Gruppe um István Graf Bethlen, Pál Graf Teleki u. a., zu der er sich selbst zählte,⁶¹ und einer radikal-aktivistischen⁶² um Georg Markgraf Pallavicini, Antal Graf Sigray u. a., mit denen er — anders als Bethlen — immerhin die unbedingte Loyalität zur Dynastie gemeinsam hatte. Im Jahre 1921, zwischen den beiden Restaurationsversuchen, unternahm er es, die Interessen von Monarch und Reichsverweser doch noch auf *einen* Nenner zu bringen. Obwohl er einer der wenigen Politiker von Rang war, die das Vertrauen zugleich von König Karl, von Admiral Horthy und Ministerpräsident Bethlen hatten, scheiterte er dennoch an dieser Aufgabe.

Dies konnte auch gar nicht anders sein: der Monarch schenkte dem aktionswilligen Drängen militärischer Kreise⁶³ in Ungarn letztlich mehr Gehör als dem sorgsam abwägenden Diplomaten Gratz, der ihn vor Abenteuer und Niederlage bewahren wollte.⁶⁴ Hinzu kam: Karl rechnete offensichtlich

59 Neuere Literatur hierzu: Kerekes, St. Germain, S. 272—286, 317—325 und Juhász, Gyula: Hungarian Foreign Policy 1919—1945. Budapest 1979, S. 59—65. Zur Ergänzung und Überprüfung der Gratz'schen Ausführungen hierzu sind zeitgenössische Memoirenwerke ebenfalls heranzuziehen, u.a. Lehár, Anton: Erinnerungen. Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918—1921. Hrsgg. v. Peter Broucek. München 1973; Boroviczeny, Aladár von: Der König und sein Reichsverweser. München 1924; Werkmann, Karl Freiherr von: Der Tote auf Madeira. München 1923.

60 Handschreiben König Karls an Gratz vom 10. April 1921, zitiert a.a.O., S. 152.

61 a.a.O., S. 114.

62 Gratz wandte sich gegen György Szmrecsányi, ein Mitglied dieses Kreises, als letzterer vorschlug, den Widerstand des Reichsverwesers gegen König Karl mit Gewalt zu brechen. Siehe S. 158.

63 u.a. Oberst Antal Baron Lehár und Major Gyula Osztenburg.

64 a.a.O., S. 141.

mit Rückendeckung durch Frankreich. Der König bekannte Gratz Ende März 1921, „er sei nicht aus eigener Initiative nach Ungarn zurückgekehrt, sondern auf Wunsch des französischen Ministerpräsidenten Briand, der ihm durch den Prinzen Sixtus von Parma sagen ließ, er könne, wenn er nach Budapest fahre und den Thron wiedereinnehme, dessen gewiß sein, daß Frankreich hinter ihm stehen und die Nachbarn Ungarns von jedem Versuch, gegen Ungarn feindlich aufzutreten, abhalten werde.“⁶⁵ Die Skepsis von Gratz gegenüber einem Restaurationsversuch zu *diesem* Zeitpunkt, worin er u. a. mit Andrassy und Apponyi übereinstimmte, war wohlbegründet. Vor allem dies war unübersehbar: der Reichsverweser als wichtigster Machtfaktor, noch mehr die Männer in seiner Umgebung wie Gyula Gömbös ließen keinerlei Bereitschaft erkennen, die soeben erlangte Macht wieder aus den Händen zu geben.

Vergeblich bemühte sich Gratz immer wieder, dem Monarchen auch das *außenpolitische* Risiko eines Restaurationsversuches schon jetzt, im Jahre 1921, klar zu machen. Es mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die umliegenden „Nachfolgestaaten“ jeden Ansatz einer Wiedererrichtung der Habsburgermonarchie schließlich mit militärischen Mitteln im Keime ersticken würden. Gratz gab daher seinen Widerstand gegen eine Wiederholung des Restaurationsunternehmens erst „anfangs Oktober“ 1921⁶⁶ auf. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich seine Anstrengungen, zwischen Karl und dem Reichsverweser doch noch einen Kompromiß herzustellen, als aussichtslos erwiesen. Mit zunehmender Konsolidierung des Horthy-Regimes verringerten sich die Erfolgsaussichten des Legitimus notwendigerweise. Außerdem mußte er zur Kenntnis nehmen, daß königstreue militärische Kreise um u. a. Lehár sich bereits zum Handeln entschlossen hatten: „Unter dem Eindruck der Erklärung Lehárs, ... er sei entschlossen, den Plan auszuführen, auch wenn wir uns ihm nicht anschließen sollten, gab ich meinen Widerstand gegen die Heimbringung des Königs auf“.⁶⁷ Allerdings lehnte Gratz, der als künftiger Finanzminister vorgesehen war, ebenso wie u. a. der designierte Ministerpräsident István Rakovszky jegliche Verantwortung für das Projekt ab. Er ließ lediglich seine Bereitschaft erkennen, auf der Basis seiner grundsätzlichen legitimistischen Haltung dem König nach der eventuellen Rückkehr nach Ungarn zu Diensten zu stehen.⁶⁸ Wenn man der Darstellung folgt, die Gratz und u. a. sein publizistischer Vertrauter, der Diplomat Aladár von Boroviczény hinterlassen haben,⁶⁹ so

65 a. a. O., S. 142. Dieses Gespräch fand vermutlich am 27. März statt. Ähnlich äußerte sich der Monarch gegenüber Gratz auch am 3. April (S. 146).

66 a. a. O., S. 158.

67 ebda

68 ebda. An diese Ereignisse schloß sich später eine lange Kette von Mißverständnissen und Kontroversen an.

69 Siehe Anm. 59.

wird man als wichtigste Kausalfaktoren der legitimistischen Aktivität von 1921, besonders des zweiten Restaurationsversuches, den persönlichen Willen König Karls und das Drängen vor allem *militärischer* Elemente des ungarischen Legitimus anzusehen haben. Daneben hatten wohl auch österreichische Legitimisten wie Albin Freiherr Schager⁷⁰ und französische Stimmen, die beide den ehemaligen Monarchen zu schnellem Handeln ermutigten, einen gewissen Anteil an der überstürzten Durchführung dieser Unternehmen.

Gratz bewahrte — wie bereits festgestellt — zu den beiden Restaurationsversuchen des Jahres 1921 eine gewisse Distanz. Dies jedoch nur, weil er das Risiko der beabsichtigten Verfahrensweise höher als andere Teilnehmer einschätzte. Es war aber nicht so, daß er in seinen grundsätzlichen Überzeugungen unsicher geworden wäre. Insbesondere sein Bekenntnis zur Monarchie und zur Dynastie blieb unerschüttert. Im Gegenteil: er näherte sich gerade in diesem monarchischen Katastrophenjahr 1921 jener Auffassung, die ihm als Liberalem bisher fremd geblieben war, nämlich derjenigen des Gottesgnadentums.⁷¹ Er blieb auch *nach* dem Tode Karls davon überzeugt, daß „Land und König ein einziger untrennbarer Begriff“⁷² sind. Aus Gründen dieser Art und infolge persönlicher Treuegefühle konnte er sich in der „Königsfrage“ nicht mit der Politik des Grafen István Bethlen, mit dem er an sich befreundet war, völlig identifizieren. Auch 1921, als die langjährige Regierungszeit Bethlens begann, war für Gratz unübersehbar: „... für mich war das Festhalten an der alten Dynastie von kardinaler Bedeutung, für ihn handelte es sich dabei um eine Zweckmäßigkeitsfrage, die je nach den Umständen so oder anders entschieden werden kann.“⁷³ Bethlen bekannte daher Gratz gegenüber im Gespräch: „Der Unterschied zwischen meiner Auffassung und der deinigen ist, daß du *wirklich* willst, daß König Karl wieder auf den Thron gelange.“⁷⁴

70 Albin Freiherr Schager von Eckartsau (1877—1941), bis 1918 Generaldirektor der habsburgisch-lothringischen Privatvermögensverwaltung, betätigte sich an führender Stelle in der legitimistischen Bewegung Österreichs, u. a. in der „Partei der österreichischen Monarchisten“ Nach Auffassung von Gratz (vgl. S. 159) trug Schager zumindest indirekt zur überstürzten Durchführung des zweiten Restaurationsversuches bei, da er dem Monarchen die Bedenken und Warnungen von Gratz nicht in vollem Umfange mitteilte bzw. sie verschwieg. Gratz vermutete, daß Schager dabei unter Lehárs drängendem Einfluß gestanden habe. Was den ereignisgeschichtlichen Ablauf des zweiten Rückkehrversuches von König Karl betrifft, so ist entgegen der Schilderung bei Silagi, Denis: Ungarn seit 1918: vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Ára Kádár. in: Schieder, Theodor (Hg): Handbuch der europäischen Geschichte. Bd. 7. Stuttgart 1979, S. 883—919, hier 893, festzustellen, daß die Auseinandersetzungen bei Budaörs auf keinen Fall die Ausmaße einer „Schlacht“ angenommen haben.

71 a. a. O., S. 168.

72 So Gratz in einem Briefwechsel mit Königin Zita. Dazu S. 172.

73 a. a. O., S. 148.

74 Bethlen zu Gratz, vermutlich 1919/20. Dazu S. 141.

Nicht nur subjektive Momente stützten diesen prinzipiellen Legitimus,⁷⁵ sondern auch die nüchterne Einschätzung objektiver Funktionen einer monarchisch verfaßten Ordnung. Die persönliche Lebenserfahrung lehrte den Minderheitenangehörigen Gratz als sozialen Aufsteiger und als Mann der politischen Praxis: nur Monarchie und gemeinsame Dynastie konnten jenes „übernationale Band“ sein, das nötig war, um die Völker des Donau- und Karpatenraumes zu einen. Es war für ihn eine gleichermaßen persönliche, politische und historische Erfahrung: notwendig war ein „gemeinsames Oberhaupt...“, das seine Rechte nicht von einer mehr-weniger zufälligen Willensäußerung der Zeitgenossen ableitet, sondern auf Grund einer durch die Zustimmung vieler Generationen geheiligten und zum eigenen Recht gewordenen geschichtlichen Mission regiert.⁷⁶ Gerade an der Person Karls schätzte es Gratz, daß sich dieser ganz als Werkzeug der „Mission der Dynastie“ verstand: „Sie war notwendig, um Gegensätze auszugleichen, den inneren Frieden der Völker zu sichern ...“.⁷⁷ Die Krone als vergleichsweise neutrale, historisch legitimierte Schlichtungsinstanz der Gegensätze zwischen nationalen, sozialen oder konfessionellen Großgruppen, — dies war die übernational-europapolitische Vision des Gustav Gratz.

Es versteht sich von selbst, daß auch seine außenpolitische Konzeption nach 1918 durch diese Auffassungen in hohem Maße bestimmt war: „Diese meine Auffassung stand in engem Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Richtung, die ich auch als Minister zu befolgen bemüht war und die die Wiedervereinigung der ehemals zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Gebiete in irgendeiner Form als ihr Ziel betrachtete.“⁷⁸ Aus diesem monarchistisch-mitteuropapolitischen Primat ergab sich ein — letztlich unversöhnlicher — Gegensatz zu den neuen Regierungen besonders in Österreich und in der Tschechoslowakei. Während Gratz die Politik Karl Renners gleichermaßen als sozialdemokratisch und als großdeutsch ablehnte, konnte er Beneš trotz vieler Bemühungen nicht für den Legitimus gewinnen. Beneš' Vorschlag, „Proklamieren Sie die Republik und wir schaffen die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa“,⁷⁹ war aus seiner monarchistischen Sicht „kurzsichtig und gefährlich“;⁸⁰ diese Völkerunion wäre — aus der Sicht von Gratz — ohne innere Bindung gewesen.

Wie Gratz in der Frage der innenpolitischen Neuordnung an seinem Bekenntnis zur monarchistischen Restauration festhielt, so auch in der Außenpolitik an der Überzeugung einer historisch und wirtschaftsgeographisch bedingten Prädisposition der Völker der Donau- und Karpatenregio-

75 Diesen Ausdruck scheint Gratz selbst geprägt zu haben. Und zwar im Laufe eines Gespräches mit Andrássy, das etwa im Herbst 1919 stattfand. Dazu S. 140 f.

76 a.a.O., S. 139.

77 a.a.O., S. 168.

78 a.a.O., S. 139.

79 ebda. Das Gespräch fand vermutlich am 14. Mai 1921 in Bruck an der Leitha statt.

80 ebda

nen zu übernationaler Staatlichkeit. Die Erneuerung des habsburgischen Vielvölkerstaates als ‚Europa im Kleinen‘ betrachtete er als ‚natürliche‘ Konsequenz der historisch-langfristigen Entwicklungslogik dieses Raumes. Eben auf Grund dieser persönlichen Auffassung konnte seiner Karriere keine lange Dauer beschert sein: er befand sich im Grunde schon *vor* dem Scheitern von 1921 auf dem Wege ins politische Abseits, denn er entzog sich im postrevolutionären Ungarn der vollständigen Identifizierung mit dem nun dominierenden Primat der Nation.

Dies zeichnete sich in der außenpolitischen Orientierungsdiskussion unmittelbar nach Kriegsende ab. Gratz konnte dabei nicht einmal mit Gesinnungsfreunden wie Apponyi oder mit Bethlen, geschweige denn mit extremen Nationalisten wie Gömbös Übereinstimmung finden. Einen gemeinsamen Nenner stellte immerhin die Absicht dar, Ungarn aus seiner weitgediehenen außenpolitischen Isolierung zu lösen.⁸¹ Aber über den einzuschlagenden Weg konnte man sich nicht einigen. Gratz sah sich selbst — besonders nach 1921 — als Vertreter einer geradezu extravaganten ‚Sondermeinung‘: ‚Ich ... habe an dem Gedanken, daß das Zusammenwirken mit den mitteleuropäischen kleinen Staaten ..., vor allem mit Österreich und der Tschechoslowakei, allen anderen Möglichkeiten bei weitem vorzuziehen sei, unentwegt festgehalten ...‘.⁸² Der Gedanke einer erneuten engeren Verbindung mit Österreich stieß in Ungarn — entsprechend der Tradition der Unabhängigkeitspartei — weithin auf Ablehnung. Noch ungünstiger reagierte die Öffentlichkeit auf die Anregung einer Annäherung an die CSR: davon aber wollte niemand in Ungarn etwas wissen.⁸³

Dennoch hielt Gratz an seiner Vorstellung von ‚Mitteleuropa‘ fest. Er setzte auch *nach* 1921 die — von ihm als Außenminister angekurbelten — Gespräche mit tschechoslowakischen Politikern, vor allem mit Außenminister Beneš, fort. Seit Dezember 1926 wieder Abgeordneter und zeitweise Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, forderte er wiederholt, die Anlehnung Ungarns an Italien und Deutschland auszubalancieren durch eine Verständigung mit den Nachfolgestaaten der Monarchie.⁸⁴ Bezeichnender-

81 a.a.O., S. 131.

82 a.a.O., S. 272. Zum Gesamtzusammenhang der Gratz’schen Außenpolitik und zu ihren innenpolitischen Voraussetzungen siehe — neben den üblichen Handbüchern — u.a. Pölöskei, Ferenc: Hungary after two revolutions (1919—1922). Budapest 1980; Szinai, M.: István Bethlen und die politische Konsolidierung des ungarischen konterrevolutionären Regimes 1919—1922. in: Acta Historica XXIII (1977), S. 43—72; Adam, M.: Confédération Danubienne ou Petite Entente. in: Acta Historica XXV (1979), S. 61—113; Ránki, György: The Great Powers and the economic reorganization of the Danube valley after World War I. in: Acta historica XXVII (1981), S. 63—97; Becker, M. L.: England und der Donauraum 1919—1929. Stuttgart 1976; Graml, Hermann: Europa zwischen den Kriegen. München 1976³.

83 a.a.O., S. 273.

84 a.a.O., S. 287.

weise war er das einzige (!) Mitglied des ungarischen Parlaments, das sich 1932 für das Mitteleuropa-Projekt des französischen Ministerpräsidenten Tardieu einsetzte.⁸⁵ Dabei warnte er davor, daß sich Ungarn durch einseitig von Italien und Deutschland gewährte Präferenzzölle von diesen Mächten abhängig mache. Außerdem gründete er im März 1930 zusammen mit Elemér Hantos das Budapester „Mitteleuropa-Institut“, dessen Präsidium er übernahm.⁸⁶

Im Rahmen der außenpolitischen Gesamtkonzeption von Gratz war dieses beharrliche Streben nach Einbindung Ungarns in eine größere Union untrennbar verbunden mit seiner Einschätzung der europäischen Nachkriegssituation überhaupt. Er war fest überzeugt, daß die Souveränität Ungarns auf lange Sicht durch Deutschland bedroht sei. Er hatte während der beiden letzten Kriegsjahre — besonders im Zuge wiederholter Auseinandersetzungen mit deutschen Verhandlungspartnern in Breszt-Litovszk — die deutsche Politik von einer negativen Seite her kennengelernt. Seit den damaligen Kontroversen u. a. um die Behandlung der Ukraine war er überzeugt: Deutschland verfügt zwar über eine leistungsfähigere „praktische Kultur“⁸⁷ als seine Nachbarstaaten, aber seine Außenpolitik ist geprägt durch „brutal-rücksichtslosen Nationalismus“ und „Selbstüberschätzung“.⁸⁸ Wie Czernin und er selbst schon in der Endphase des Krieges, so blieb Gratz auch nach 1918 bei seiner Auffassung, Deutschland werde sich im Südosten für die Kriegsverluste „entschädigen“ wollen.⁸⁹ Daraus folgte für ihn: um Ungarns Unabhängigkeit gegen die ‚auto-matische‘ Expansions-tendenz Deutschlands zu sichern, mußte die österreichische Barriere erhalten bleiben. Nur ein „Mitteleuropa“ ohne Deutschland könne den „Anschluß“ Österreichs verhindern: „Inmitten der durch die unglücklichen und kurzsichtigen Friedensschlüsse von St. Germain und Trianon zwischen den einzelnen im Donaubecken gelegenen Ländern erweckten Reibungen

war die öffentliche Meinung dieser Länder nur zu sehr geneigt, vor der großen gemeinsamen Gefahr, die sie von Außen bedrohte, die Augen zu schließen. Diese Gefahr kam von Deutschland.“⁹⁰ In seinen außenpolitischen Grundsatzdiskussionen u. a. mit Ministerpräsident Bethlen warnte Gratz schon in den frühen zwanziger Jahren vor jenem weitverbreiteten Irrtum — die britische Führung von Neville Chamberlain war sogar noch nach 1936/38 in ihm befangen —: Deutschland, „dessen Gebiets- und Machterweiterungshunger mir seit meinem Aufenthalt in Brest-Litowsk und Bukarest zur Genüge bekannt war“, werde — so Gratz — nicht „an den Grenzen

85 Am 7. Mai 1932.

86 a. a. O., S. 286.

87 a. a. O., S. 134.

88 ebda

89 a. a. O., S. 134.

90 a. a. O., S. 133.

des deutschen Sprachgebietes haltmachen",⁹¹ — sein Ziel sei nicht nationale Einheit, auch nicht nur *Revision* von ‚Versailles‘, sondern darüberhinaus *Expansion*.

Eben diese persönliche Variante einer gegen Deutschland gerichteten „Mitteleuropa“-Politik, die Ungarns Isolierung beseitigen und seine Souveränität sichern sollte, stieß fast überall auf Ablehnung. Sogar im Kreise der ungarischen Legitimisten. Hier geriet Gratz in eine Kontroverse u. a. mit Apponyi. Dieser befürwortete Österreichs Annexion durch Deutschland ausdrücklich: noch immer unter dem Eindruck der Vorkriegs rivalität zwischen ‚Wien‘ und ‚Budapest‘ stehend, wünschte er die Ausschaltung der österreichischen ‚Konkurrenz‘ geradezu herbei.

Auch in zahlreichen Gesprächen mit Bethlen mußte Gratz ein Weiterwirken solcher Auffassungen feststellen. Noch mehr als Apponyi hoffte der Ministerpräsident, gerade durch die Anlehnung an Deutschland — und an Italien — am ehesten die Revision von ‚Trianon‘ erreichen zu können.⁹² Wegen Meinungsverschiedenheiten dieser Art verzichtete Gratz trotz gegenseitiger Hochschätzung darauf, in Bethlens Kabinett als Handelsminister mitzuarbeiten.⁹³ Er weigerte sich zunächst auch, in die Fraktion der Regierungspartei einzutreten, als er im Dezember 1926, also nach zehnjähriger Pause, wieder ein Abgeordnetenmandat übernahm.⁹⁴ Nüchtern bilanzierte er das Trennende, das in der Außenpolitik zwischen ihm und dem Regierungschef stand: „Graf Bethlen war dem Gedanken eines Zusammenwirkens mit den Nachbarstaaten, so wie sie mir vorschwebte, völlig abgeneigt. Wenn er an sie dachte, so faßte er sie nur für eine spätere Zukunft ins Auge, für die Zeit, in welcher Ungarn so stark sein wird, um in dem Bund mitteleuropäischer Kleinstaaten die Führerrolle spielen zu können.“⁹⁵ Gratz versuchte des öfteren, Bethlen von diesem hegemonialen Fernziel abzubringen. Er warnte ihn davor, die — dazu notwendige — Hilfe Deutschlands durch Zustimmung zum „Anschluß“ Österreichs zu erkaufen. Auf diese Weise werde die ungarische Außenpolitik auf einen bloßen ‚Trianon‘-Revisionismus reduziert. Dies werde Ungarns internationale Isolierung verstärken, — es werde sich selbst abhängig machen von Deutschlands bzw. Italiens Wohlwollen. Außerdem würden Ungarn und seine Nachbarn auf diese Weise in den Sog der konflikträchtigen Formierung von Großmachtblöcken gezogen werden. Gerade die Fixierung auf ‚Trianon‘-Revision, überhaupt die Absolutsetzung des Zieles nationaler Machtmaximierung — diesbezüglich sei auch Bethlen der Tradition der Unabhängigkeitspartei verhaftet — werde Ungarn zum unselbständigen Annex

91 a.a.O., S. 135.

92 a.a.O., S. 192.

93 Unmittelbar nach dem ersten Restaurationsversuch. Dazu S. 147.

94 a.a.O., S. 260 f.

95 Diese Charakterisierung der außenpolitischen Programmatik Bethlens bezieht sich etwa auf den Frühsommer 1921. Dazu S. 148.

einer Großmacht, vermutlich Deutschlands, degradieren: „Bethlen überschätzte den Wert der uneingeschränkten Unabhängigkeit des Landes ebenso, wie ich ihn vielleicht unterschätzt habe, er war zu optimistisch in der Beurteilung der Gefahr, die Ungarn bedrohte, wenn es sich mit seinen Nachbarn nicht verständigen kann ..., er war zu kühn in seinen politischen Berechnungen, die auf die Wiederherstellung des alten Ungarns mit auswärtiger Hilfe gerichtet waren ”.⁹⁶

Da Gratz in Ungarn selbst keine Unterstützung für seinen „Mitteleuropa“-Plan fand, blieben auch seine diesbezüglichen Kontakte zu österreichischen und vor allem zu tschechoslowakischen Politikern ergebnislos. Schon deswegen, weil auch diese Gesinnungsgenossen bzw. Gesprächspartner allmählich das Interesse verloren. Zum Teil war es Ungarns — besonders seit den Anfängen der Regierung Bethlen — starres Beharren auf Revision der Pariser Friedensschlüsse, zum Teil waren es territoriale ‚Erbstreitigkeiten‘ der Nachfolgestaaten, die eine Zusammenarbeit im Sinne der Gratz’schen „Mitteleuropa“-Idee verhinderten. Die „Burgenland“-Frage ist hier ebenso anzuführen wie u. a. die Grenzziehung im magyarisches-slowakischen Siedlungsbereich.

Das Werben von Gratz für ein engeres Verhältnis zwischen Ungarn und Österreich erhielt schon Ende 1919 einen Dämpfer. Während Christlichsoziale wie der spätere Kanzler Seipel, ferner u. a. Kienböck, Heindl der Annäherung wegen zu einem Kompromiß bereit waren,⁹⁷ strebte Renner — nach Gratz’ Meinung im Einverständnis mit Beneš — die Angliederung der betreffenden westungarischen Komitate an Österreich an.⁹⁸ Demgegenüber und angesichts der großdeutschen Sympathien Renners hatte die Idee einer Neuauflage „österreichisch-ungarischer“ Politik keine Chance. Ein Vermittlungsversuch, den Gratz als Gesandter unternahm, scheiterte — laut Gratz — an der Ablehnung durch Renner: die ungarische Regierung bot die Verlängerung der wirtschaftlichen Gemeinschaft an, ferner die Entmilitarisierung Westungarns und eine Autonomie für die deutsche Bevölkerung in Westungarn; als Gegenleistung erwartete man „freundschaftliche Verständigung“ über die territoriale Abgrenzung.

Im Laufe der Zwischenkriegszeit mußte Gratz, was Österreich betrifft, ohnmächtig beobachten, wie dort die Wirkung großdeutscher Anschauungen und des „nationalsozialistischen Giftes“⁹⁹ seine Hoffnung auf Abwehr des „Anschlusses“ und auf „Mitteleuropa“ zu einem Anachronismus verkümmern ließ. Auch seine persönlichen guten Verbindungen zu den meisten Kanzlern der ersten Republik, besonders zu Seipel und Schober,¹⁰⁰ än-

96 ebda

97 a.a.O., S. 123.

98 a.a.O., S. 122 f. Näheres zur Entwicklung der Burgenlandfrage u.a. bei Kerekes, St. Germain, a.a.O.

99 a.a.O., S. 259.

derten daran nichts. In Gesprächen mit Kanzler Schuschnigg,¹⁰¹ wurden ihm die Augen dafür geöffnet, wie nahe tatsächlich der Sieg des Nationalsozialismus auch in Österreich bereits war. Seine persönlichen außenpolitischen Hoffnungen waren zerstört: als er dem Kanzler zuredete, im Bund mit den *Sozialdemokraten* die NS-Gefahr zu bekämpfen, antwortete dieser, ein solcher ‚Sprung über den eigenen Schatten‘ sei den Christlichsozialen nicht mehr möglich; man habe die Wähler „in einer langjährigen, zielbewußt und auch erfolgreich durchgeführten Agitation so stark gegen die Sozialisten beeinflusst ..., daß sie eine Schwenkung ihrer Parteileitung nach der sozialistischen Seite hin unter keinen Umständen mitmachen würden.“¹⁰²

Ebenfalls in eine Sackgasse geriet Gratz bei seinem Versuch, das „Mitteleuropa“-Projekt durch Kontakte zu tschechoslowakischen Politikern zu fördern. Zwar gelang es ihm als Außenminister, direkte Verhandlungen zwischen dem ungarischen Regierungschef Teleki und dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš zu arrangieren.¹⁰³ Dabei, am 14. März 1921 in Bruck a. d. Leitha, zeichnete sich unter Gratz' Beteiligung tatsächlich eine Einigung ab: Ungarn war bereit, seiner kleinen slowakischen Bevölkerungsgruppe erweiterte Minderheitenrechte zu gewähren sowie — u. a. per Abbau der Spannungen und per Präferenzzölle — zur Konsolidierung des noch labilen tschechoslowakischen Staatswesens beizutragen; Beneš wiederum erklärte den Willen der ČSR, innerhalb von ca. 3 Jahren eine Revision der Grenzziehung von ‚Trianon‘ herbeizuführen, d. h. den größten Teil des magyarischen Siedlungsgebietes in der Slowakei an Ungarn zurückzugeben. Obwohl es auch nach Gratz' Rücktritt als Außenminister (am 7. April 1921) noch zu diesbezüglichen Kontakten kam, hatte sich bereits im Sommer 1921 eine negative Wende abgezeichnet. Zu dieser Zeit verlor die ČSR, durch das Vertragswerk der Kleinen Entente gestärkt, das Interesse an einem Ausgleich mit Ungarn. Dieses wiederum zeigte sich nach dem Regierungsantritt Bethlens einem Zusammengehen mit der ČSR ebenfalls gänzlich abgeneigt.¹⁰⁴ Bethlen blieb auch ablehnend, als Gratz anfangs April 1928 im Auftrag Masaryks und Beneš bei ihm sondierte. Gratz informierte den Ministerpräsidenten darüber, daß Prag es begrüßen würde, auf der Grundlage der Brucker Gespräche von 1921 erneut in Verhandlungen einzutreten.¹⁰⁵

100 Beide hatten sich ihm gegenüber als Monarchisten bekannt. Schober hatte bereits 1919 als Polizeipräsident von Wien enge informelle Beziehungen zu den ungarischen Emigranten bzw. zu Gratz als Gesandtem. Dazu S. 114 f., 289 f.

101 Der Zeitpunkt ist nicht zu ermitteln. Dazu S. 290 f.

102 Zitiert nach Lebenserinnerungen, S. 291.

103 a.a.O., S. 136 ff.

104 a.a.O., S. 272, 273 f.

105 a.a.O., S. 277 ff. Das vorausgehende Gespräch zwischen Masaryk und Gratz fand am 30. März 1928 in Schloß Lány bei Prag statt. Bethlen sprach Gratz gegenüber zunächst davon, dies sei ein „gangbarer Weg“, wandte sich aber dann doch dagegen.

Weitere diplomatische und wirtschaftliche Vermittlungsinitiativen des unermüdlichen Gustav Gratz in den dreißiger Jahren blieben ebenfalls ergebnislos, — auch ‚Prag‘ zeigte sich nun wieder passiv. Als Gratz u. a. jeweils im Frühjahr 1933, 1934 und 1938¹⁰⁶ mit den maßgeblichen Politikern Beneš, Hodža und Krofta zusammentraf, warnte er sie eindringlich vor Hitler: obwohl sie zugaben, daß die ČSR im Falle eines österreichischen „Anschlusses“ ebenso bedroht wie Ungarn und daher ein „Donaudreieck“ nötig sei, um gemeinsam mit dem Westen eine deutsche Expansion zu verhindern, unternahmen sie dennoch nichts in diesem Sinne. Noch am 5. (I) März 1938 äußerten Beneš, Hodža und Krofta, als Gratz sie vor dem „Anschluß“ warnte, „daß es nicht dazu kommen werde ...“.¹⁰⁷ Gratz wies Beneš auf die Möglichkeit hin, daß Frankreich die ČSR *nicht* gegen Deutschland verteidigen werde: er erhielt von Beneš „die verblüffende Antwort, das sei wohl ganz unwahrscheinlich, sollte es aber doch eintreten, dann werde es das tschechische Volk überstehen, wenn es in der Zukunft wieder eine zeitlang im Magen des zweiten deutschen Reiches zu leben haben wird.“¹⁰⁸

Auch Sondierungen in Jugoslawien und Rumänien endeten insgesamt negativ. Die vielen „Mitteleuropa“-Diskussionen, die Gratz u. a. mit den mehrmaligen Ministerpräsidenten Vajda-Voevod und Maniu führte, blieben unergiebig. Letzterer erklärte sogar in aller Offenheit: zwar sei die ČSR zu Grenzkompromissen gegenüber Ungarn bereit, aber Rumänien werde „nicht einmal einen Zwetschkenbaum opfern, um zu einer Annäherung zu gelangen.“¹⁰⁹

So erfuhr Gratz ständig aufs Neue, was er im Grunde schon längst wußte: die Zeit war noch nicht reif für eine Union der Völker des Donau- und Karpatenraums. Der historisch legitimierte und wirtschaftlich vernünftige Gedanke eines supranational und womöglich monarchisch verfaßten „Mitteleuropa“, wie er ihn sich zu eigen gemacht hatte, hatte gegenüber Elitenegoismen und Massenstimmungen im Gewande des Nationalismus keine Chance. Als Außenpolitiker zwischen Donaumonarchie und Europa war Gratz daher ins Abseits geraten: in einem Pandämonium des Nationalismus war er sowohl zu altmodisch als auch zu modern, — zugleich ein Repräsentant prä- und post-nationaler Politik. Trotz mancher Kompromisse war er sich als „Schwarzgelber“ und Liberaler treu geblieben, — aber das politische Leben war an ihm vorbeigegangen.

106 Diese Gespräche fanden statt u.a. am 15. 3., 10. und 27. 4. 1933, „im April“ 1934 und am 5. 3. 1938. Dazu S. 281—284.

107 a.a.O., S. 283.

108 ebda. Zu Gratz' Vermittlungsbemühungen in Prag und Budapest siehe Sakmyster, Thomas L.: Hungary, the Great Powers, and the Danubian Crisis 1936—1939. Athens 1980, S. 14, 85, 93, 141 f.

109 a.a.O., S. 285. Eine genaue Datierung ist nicht möglich. Der Zeitpunkt liegt sicher *nach* 1930 und *vor* März 1937.

V

Wie in *außen-*, so wurde Gratz auch in *innenpolitischer* Hinsicht allmählich zu einem ‚Fremden im eigenen Lande‘. Er entfremdete sich dem in Ungarn herrschenden Kurs immer mehr. Vor allem deswegen, weil er auch in diesem Bereich an seinen schon vor 1914 geprägten Auffassungen festhielt: er war und blieb konservativer Liberaler und liberaler Monarchist, — beides aus gleichsam instinktgewordener Lebenserfahrung *und* aus rationaler Einsicht. Empirie und Vernunft aber verloren im Zeichen des Umbruchs als Fundament politischen Handelns an Bedeutung.

Die ‚Smuta‘ der Jahre 1918/19, noch mehr die hysterisch-emotionale Fixierung ungarischer Politik in der ‚post-Trianon‘-Ära zogen die Innenpolitik in ihren deprivierenden Sog: ein autoritäres Regime trat auf dem Wege von Gewalt und Terror die Nachfolge der Monarchie an; der überlieferte konservative Liberalismus eines Tisza und der — zumindest seinem Selbstverständnis nach — emanzipatorische Nationalismus der ‚Koalition‘ wurden zu einem antimodernistischen, letztlich perspektivenlosen Konservatismus-Amalgam deformiert. So sah sich Gustav Gratz als Liberaler und als Monarchist schon während der Kämpfe des Jahres 1919, desgleichen nach 1921, aber noch mehr seit den frühen dreißiger Jahren von den Kraftlinien des politischen Lebens zunehmend isoliert.

In der Umbruchsituation von 1918/19 trat erneut jene existentielle Grundkonstellation des Politikers Gratz hervor, die ihm bereits in seiner Jugend gewissermaßen zur zweiten, *sozialen* Natur geworden war: er ‚veranlaßte‘ sich zwar selbst zu Loyalität und Anpassung, aber Vorbehalte blieben *immer*. Stets zwischen den Fronten des politischen Alltags stehend, außerdem seiner Identität nie gänzlich sicher, — so suchte und fand er seine Chance als *Vermittler*. Aber, dies bedeutete zugleich: mit niemandem ganz übereinzustimmen. Isolation und Niederlage waren dadurch vorbereitet.

Zunächst aber, in den Jahren 1918/19, war auch Gratz durch die dramatischen Veränderungen der Zeitumstände gezwungen, seine innenpolitische Konzeption zu aktuellen Herausforderungen wenigstens in Beziehung zu setzen.

Unter dem Eindruck zunächst der Mihály Károlyi-Regierung, danach der Räterepublik festigte sich seine *prinzipielle* Ablehnung abrupt, radikaler Veränderungen politischer Verhältnisse. ‚Revolution‘ wurde für ihn zum Synonym von Massenmanipulation und Terror, Irrationalität und Ineffektivität. Es war der Sammelbegriff all dessen, was er als ‚Nicht-Politik‘ verurteilte.

So betrachtete er die Politik des Grafen Károlyi von vorneherein als verfehlt, — als Ausdruck desorientierter Massenenergie. Er sah in Károlyi nur das ‚Aushängeschild‘¹¹⁰ seiner eigenen früheren Freunde aus dem Krei-

110 a.a.O., S. 112.

se von „Huszadik Század“: „... ihr ständiges bewußtes Hinarbeiten auf einen sich über das historisch Gewordene verständnislos hinwegsetzenden revolutionären Umsturz ...“¹¹¹ stieß ihn geradezu ab. Er klagte sie an, anstelle der von ihnen bekämpften „Klassenherrschaft“, die schließlich noch immer eine Klassenherrschaft der *Intelligenz* (Hervorhebung G. S.) war, eine Klassenherrschaft der Proletarier¹¹² setzen zu wollen. Demgegenüber sah sich Gratz selbst mit Vorbehalten als „Konservativer“.¹¹³

In der Begründung hierfür kommt auch die große Bedeutung zum Ausdruck, die historische Bildung für seine politische Orientierung hatte: „... ich bin schon in verhältnismäßig jungen Jahren zu der Erkenntnis gelangt, daß ein *radikaler Wechsel* (Hervorhebung G. S.) auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet die Völker selten glücklich macht.“ Hieraus folgerte er, daß „... Staat und Gesellschaft, wenn sie lebensfähig sein wollen, die Kraft aufbringen müssen, gegenüber allen die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes näherbringenden Bewegungen dem Grundsatz der Ordnung Geltung zu verschaffen“.¹¹⁴ Freilich verstand er sich letztlich — so bekennt er rückblickend — nicht eigentlich als *prinzipiell* konservativ: „Ich war Zeit meines Lebens ein *Liberaler*, d. h. ich suchte mich von allen religiösen, nationalen und Rassenvorurteilen freizuhalten, verurteilte den Klassenegoismus sowohl der höheren als auch der niedrigeren Gesellschaftsschichten in gleicher Weise und betrachtete die Rechtsgleichheit und die Gedankenfreiheit in allen ihren Formen als die sicherste Grundlage einer heilsamen und ersprißlichen Entwicklung.“¹¹⁵

Gratz erweist sich hier als Anhänger des klassischen westeuropäischen Liberalismus. Aber dieses Bekenntnis zur freien, rechtlich abgesicherten Konkurrenz von Ideen und Interessen, ferner zu rational verfaßter Politik bleibt auffallend inhaltsarm, wenn es um die soziale Konkretisierung dieser Grundsätze geht. Zwar trat er als „Anhänger des sozialen und politischen *Fortschrittes*“ auf (Hervorhebung im Orig.) Aber: er machte nicht deutlich, worin dieser Fortschritt eigentlich bestehen, auf welche Ziele hin er sich entfalten sollte. Statt dessen begnügte sich Gratz auch hier mit formalen Aussagen aus dem Dogmatikrepertoire eines überlebten Manchesterliberalismus. Er definierte — beispielsweise — „Fortschritt“ in charakteristisch unverbindlicher und umständlicher Manier als „Form einer Verbesserung und Vervollständigung jener Wege welche gefunden und ausgebaut werden müssen, um den einzelnen Ideen ebenso wie den einzelnen Personen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft jenes Vorwärtskommen zu sichern, das sie auf Grund ihres inneren Gehaltes verdienen.“¹¹⁶ Zwar schloß sein klassisch

111 ebda

112 ebda

113 ebda

114 ebda

115 ebda

116 a. a. O., S. 112 f.

liberales Grundsatzprogramm die Entwicklung gesellschaftspolitischer Reformvorstellungen nicht aus. Aber Gratz hatte Bemühungen dieser Art nicht mehr *vor* sich, — dieses Kapitel seiner persönlichen politischen Entwicklung, seine reformbezogene „Huszadik Század“-Phase, war im Jahre 1918 längst schon passé.

Geblichen war nach Jahren der Anpassung nur noch Liberalismus als *Weltanschauung*: stilisiertes Selbstverständnis und abstrakte Doktrin, — von dem Politiker Gratz, dem Vermittler par excellence, war eine reformerische, kreative Antwort auf die drängenden sozialen Fragen der Gegenwart nicht mehr zu erwarten. Immerhin genügte dieser formal-prinzipielle Liberalismus, um ihn von der vollständigen Identifizierung mit Interesseninhalt und Erscheinungsform jenes reaktionären und autoritären Regimes abzuhalten, das sich im Laufe der Zwischenkriegszeit entwickeln sollte. Statt dessen wurde er zum kritischen Beobachter, der besonders seit seinem Scheitern im Jahre 1921 den Weg des Horthy-Regimes von Bethlen zu Gömbös mit dem geschärften Blick des ins Abseits Gedrängten und Desillusionierten verfolgte.

Insgesamt interpretierte er diese Entwicklung der ungarischen Politik als Irrweg. Er sah dies schon in der Innenpolitik Bethlens, die er an sich weitgehend bejahte, vorbereitet. Kritischen Hinweisen dieser Art und Dissonanzen im Verhältnis zwischen Bethlen und Gratz kommt auch deswegen ein gewisses Gewicht zu, weil die beiden Männer schon seit ihrer gemeinsamen Wiener Emigrantenzzeit in eher freundschaftlicher Beziehung standen. Bezeichnend für dieses Vertrauensverhältnis: der Ministerpräsident bzw. die Regierung unterstützten den parteilosen Gratz bei der Parlamentswahl von Juni 1930 im Wahlkreis Bonyhád gegen einen Kandidaten, der der Regierungspartei angehörte.¹¹⁷ Erst im Laufe dieses Wahlkampfes trat Gratz in die Partei Bethlens ein. Dieser hatte ihm vorher ausdrücklich das Recht eingeräumt, in bestimmten Fragen seine eigenen, abweichenden Auffassungen zu vertreten.¹¹⁸

Es handelte sich dabei — neben der „Königsfrage“ — im Kern um Gratz' Warnungen vor wachsendem staatlichem Interventionismus im politischen und wirtschaftlichen Leben.¹¹⁹ Er befürchtete, dadurch werde die Entwicklungsdynamik der Gesellschaft verzerrt und gebremst. Aus klassisch liberaler Perspektive resumierte er auch prinzipielle Unterschiede der innen- und wirtschaftspolitischen Konzeption: er hob zwar hervor, auch Bethlen sei — jedenfalls „... gemessen an den allenthalben emporwuchernen neuen Tendenzen“ — durchaus ein Liberaler gewesen; aber insgesamt seien seine Auffassungen „... um einige Grade nationalistischer als die meinigen und *meine* Überzeugungen um einiges liberaler als *seine*.“¹²⁰

117 a.a.O., S. 265, 267.

118 a.a.O., S. 267.

119 a.a.O., S. 263 u.a.

120 a.a.O., S. 261.

Im einzelnen wies er darauf hin, daß Bethlen „in der Wirtschaftspolitik dem Zuge der Zeit entsprechend interventionistischer und etatistischer eingestellt“¹²¹ war als er selbst. Bethlen habe zuviele Zugeständnisse gemacht an „Protektionismus und Autarkie“.¹²² Eben hierin erblickte Gratz eine verfehltete Weichenstellung: die wachsende Neigung des Staates zu autoritär-protektionistischem Eingreifen in den Wirtschaftsprozeß sah er in kausaler Verbindung mit der autarkiebezogen-offensiven Abneigung der Regierung gegen die Kooperation mit den Nachbarstaaten, — hierin wiederum war als Hauptmotiv der Revisionismus der ungarischen Außenpolitik wirksam.

Mit großer Sorge beobachtete er, daß diese Politik *gegen* Bethlens Willen ein fortwährendes Anwachsen des chauvinistischen Nationalismus begünstigte. Ihm stand die Gefahr vor Augen, daß sich nationalistische Massenstimmungen eines Tages verselbständigen und auch gegen eine *gemäßigte* Regierungspolitik wenden könnten. Angesichts dieser gefährlichen Perspektiven kritisierte Gratz die „Lauheit“ Bethlens „in der Bekämpfung jener ausgesprochen antiliberalen und antidemokratischen Bestrebungen“.¹²³ Nach seiner Meinung handelte es sich hierbei um „unbegreifliche Toleranz“, die Bethlen gegenüber einer „auch von ihm mißbilligten Richtung“¹²⁴ an den Tag legte. Dagegen scheint der Gedanke, daß der Ministerpräsident den Nationalismus sogar *bewußt* als Integrationsinstrument und Mittel der Massenmanipulation *gefördert* haben könnte, für Gratz fremd gewesen zu sein. Statt dessen betonte er den *Gegensatz* zwischen Regierungspolitik und nationalistischem Radikalismus. Daß Bethlen dennoch dessen führenden Repräsentanten, den späteren Ministerpräsidenten Gyula Gömbös, nicht entschieden bekämpfte, war für Gratz unverständlich: „... gerade er war [es], der Gömbös durch dessen Einbeziehung in die Regierung den Weg zur Macht ebnete, wo er einen meines Erachtens äußerst schädlichen Einfluß auf die politische Entwicklung in Ungarn ausübte.“¹²⁵

Es ist offensichtlich: Gratz sah nicht — oder *wollte* nicht sehen —, wie nahe sich Bethlen und Gömbös trotz aller Rivalität tatsächlich waren. Vor allem verband sie eine ähnliche außenpolitische Zielstellung: das unbedingte Streben nach ‚Trianon‘-Revision und Maximierung *nationaler* Macht, u. U. der Erneuerung des Großmacht-Status Ungarns.¹²⁶ Gratz hingegen wandte sich öffentlich gegen eine Außenpolitik, die durch „übermäßige Betonung des Souveränitätsprinzips einer wirksamen Organisation der internationalen Gesellschaft im Wege steht.“¹²⁷

121 ebda

122 ebda

123 a.a.O., S. 260.

124 ebda

125 a.a.O., S. 260.

126 u.a. S. 148.

127 a.a.O., S. 184. Im Februar 1925.

Desgleichen wandte er sich gegen eine Wirtschaftspolitik, die — zunächst aus Gründen der Autarkie, danach zum Zwecke der Krisenbekämpfung — auf Protektionismus bzw. wettbewerbsverzerrende Schutzzollpolitik zielte.¹²⁸ Statt dessen empfahl er als Mittel der Krisenbewältigung: Liberalisierung des Welthandels, zumindest Vergrößerung der jeweiligen nationalen Wirtschaftsgebiete durch Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten.¹²⁹ Gegen Interventionismus und Schutzzollpolitik, — dies war sein wirtschaftspolitisches Programm. Charakteristisch, daß er dabei stets im Hinblick auf den *Zusammenhang* von Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik argumentierte: „Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fragen hat der Gedanke der ‚Planwirtschaft‘ um sich gegriffen [Dieses System] bürdet dem Staat Aufgaben auf, zu deren Lösung er überhaupt nicht fähig ist, und deshalb bestehen neun Zehntel seiner Arbeiten darin, daß die Planwirtschaft Fehler gutmachen muß, zu denen es ohne Planwirtschaft nie gekommen wäre. Der gleiche Geist, der im inneren Leben der Nationen den Zwang zum obersten Gesetz erhebt, will in der internationalen Politik die Macht zum Alleinherrscher einsetzen.“¹³⁰ Er resumierte konsequenterweise: „Zwang in der inneren und Gewalt in der äußeren Politik sind Geschwister.“¹³¹ Eben diese konflikträchtige Kombination aber sah er als Charakteristikum der „Mentalität der Nachkriegsperiode“¹³² an, — auch in Ungarn.

Gratz fand während der Zwischenkriegszeit viele Möglichkeiten, Diagnosen und Warnungen dieser Art öffentlich zu verbreiten: als Mitglied der „Interparlamentarischen Union“, der „Interparlamentarischen Wirtschaftsunion“ und der „Paneuropa-Union“, als Leiter der ungarischen Delegation in der „Internationalen Handelskammer“ ebenso wie als international aktiver Redner¹³³ und als Parlamentarier.¹³⁴ Außerdem profilierte er sich als Publizist durch ständige Mitarbeit u. a. beim „Pester Lloyd“ und bei der „Neuen Freien Presse“ sowie durch die Herausgabe des „Ungarischen Wirtschaftsjahrbuches“; ferner schuf er sich als Autor volkswirtschaftlicher¹³⁵ und historisch-politischer Bücher¹³⁶ beträchtliches Ansehen, das dazu beitrug, daß er 1941 Mitglied der „Magyar Tudományos Akadémia“ wurde.

Aber alle Betriebsamkeit des Gustav Gratz war letztlich vergeblich. Li-

128 a.a.O., S. 300.

129 a.a.O., S. 301.

130 So in seiner Rede anlässlich der Jahrestagung der „Interparlamentarischen Union“ 1939 in Oslo (etwa Mitte August). Dazu S. 298.

131 ebda

132 ebda

133 Zu seinen Foren zählten Cobden-Club, Wiener Industrieller Klub, Budapester Börsenklub und Österreichisch-Ungarische Handelskammer in Wien. (Dazu S. 184)

134 Repräsentativ für seine wirtschaftspolitische Konzeption waren Reden im Parlament u. a. am 25. II. und 7. V 1932, am 6. V 1936 und am 27. V. 1938.

135 u. a. Gratz, Gustav/Schüller, Richard: Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns. Wien 1928.

berale Politik im eigentlichen Sinne hatte zu dieser Zeit weder in Ungarn noch sonstwo in Mittel- und Osteuropa eine echte Chance. Weder bei den Eliten noch in der breiteren Öffentlichkeit fanden daher die Bestrebungen, den populistisch-extremen Nationalismus an der Machtübernahme zu hindern, nennenswerten Widerhall. Gömbös war nicht mehr aufzuhalten.

Schließlich im Sommer 1931, als sich die wirtschaftliche Lage kraß verschlechterte, mußte Bethlen demissionieren, — als Verteidiger des Geseheiterten trat im Abgeordnetenhaus Gustav Gratz hervor. Eine weitere Niederlage ergab sich unter dem Nachfolger Gyula Graf Károly: Gratz war an dem mißlingenden Versuch beteiligt, die gemäßigten Elemente der Regierungspartei mit der Kleinlandwirtepartei und den meisten Mitgliedern der katholischen Wirtschaftspartei gewissermaßen zu einer Anti-Gömbös-Koalition zu verbinden; man hatte sich dazu veranlaßt gesehen, als „... das Land immer mehr und mehr Ideen zuglitt, die dem Gedankengut des italienischen Fascismus [Schreibung im Original] und des deutschen Nationalsozialismus entlehnt waren.“¹³⁷ Aber es war bereits zu spät für Abwehrmanöver dieser Art. Daher verfehlten ähnliche Bemühungen zwischen 1933 und 1935 ebenfalls ihren Zweck.¹³⁸

Stattdessen setzte sich Gyula Gömbös durch. Er war in den Augen von Gratz geradezu die Symbolfigur alles dessen, was er politisch ablehnte. Das lange Scheitern des Politikers Gratz, das schon 1921 begonnen hatte, fand am 7. Juni 1933 seine Vollendung: Gömbös veranlaßte die Regierungspartei dazu, ihren Mitgliedern jegliche legitimistische Aktivität zu verbieten.¹³⁹ Gratz blieb infolgedessen nur noch der Austritt aus der Regierungspartei übrig. Wie er 1921 das vorzeitige Ende seiner Karriere hatte hinnehmen müssen, so nunmehr die endgültige Niederlage seiner politischen Gesamtkonzeption: „Gömbös war für mich der Inbegriff all dessen, was ich in der Politik verabscheute — er war hypernational, antiliberal, antidemokratisch, antilegitimistisch, antisemitisch und demagogisch eingestellt.“¹⁴⁰

Auch Charakter und politische Methoden des neuen Ministerpräsidenten lehnte er ab: er hielt Gömbös für einen machtgerigen, opportunistischen Abenteuerer. Diese unausgeglichene und hysterisch-nationalistische Haltung interpretierte Gratz bei Gömbös, Imrédy und anderen Politikern teilweise als Resultat ihrer nicht ‚bewältigten‘ deutschen Abstammung.¹⁴¹ Hinzu kam: Gratz und Gömbös waren schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit — trotz ihrer gemeinsamen Ablehnung der Räterepublik — Riva-

136 Siehe Anm. 5.

137 a. a. O., S. 268.

138 a. a. O., S. 270 f.

139 ebda

140 a. a. O., S. 268.

141 a. a. O., S. 319. Gömbös' Mutter war Deutsche. Imrédy entstammte einer assimilierten Familie namens Heinrich.

len gewesen. Gratz führte es auf Gömbös' Einfluß zurück, daß Horthy sich im Frühjahr 1921 geweigert hatte, die Macht an die Dynastie zurückzugeben.¹⁴² Er distanzierte sich auch von jener Gewalttätigkeit, die er Gömbös zuschrieb: weder mit der terroristischen Art, mit der 1919 die Räterepublik bekämpft wurde,¹⁴³ noch mit dem Antisemitismus, der nun verstärkt hervortrat, konnte er sich identifizieren.

Zwar verzichtete Gratz auch nach der Wende von 1932 nicht auf politische Aktivität. Aber er verfügte nicht mehr über jene Nähe zu den Schaltstellen des politischen ‚Betriebs‘ wie vorher. Er konnte nicht mehr die Rolle des geachteten Experten und privilegierten Außenseiters spielen. Seine innenpolitisch-gesellschaftliche Konzeption blieb von diesem Verlust an Einfluß und Geltung in den dreißiger Jahren in ihren Grundzügen unberührt, — ähnlich wie seine, bereits skizzierten, außenpolitischen Auffassungen.

Eher als bloßer Beobachter, kaum noch als aktiver Teilnehmer oder gar Mitgestalter nahm er zur Kenntnis, wie sich Ungarns Politik immer mehr von seinen eigenen Ideen und Wertvorstellungen entfernte. So kritisierte er schon 1932 die — in der allgemeinen Wirtschaftskrise verstärkte — Einwirkung von Massenstimmungen auf wirtschaftspolitische Entscheidungsbildung. Indirekt gegen die pervertiert-demokratische, eher populistische Art antiliberaler Regimes gewandt, warnte er beispielsweise vor der — nicht mehr parlamentarisch ‚kanalisierten‘ und kontrollierten — direkten Wechselbeziehung zwischen plebiszitärem Prestigestreben der Regierung und jener kollektiven Pauperisierungsangst, die ihm politisch nicht kalkulierbar erschien. Die autoritären Führergestalten des neuen europäischen Populismus waren, seiner Meinung nach, letztlich in höherem Maße als demokratische Regierungen abhängig von desorientiert-nervösen Massenstimmungen.

In dieser Situation — so beobachtete er — dränge jede gesellschaftliche Interessengruppe unvermittelt und ohne Maß darauf, daß ihr ‚etwas geboten‘ werde: „Der staatliche Interventionismus oder Etatismus wird unvermeidlich! Die Massen haben kein Verständnis für langsam ausreifende Systeme. Die künstlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben führen aber automatisch zum Ausbau eines Schutzsystems, aus dem ... man keinen Ausweg mehr findet.“¹⁴⁴ Vergeblich forderte er weiterhin die ungarische Regierung, überhaupt die europäischen Regierungen dazu auf, ihre Zollpolitik zu liberalisieren. Nur so werde sich der Wettbewerb, werden sich Produktion und Handel gleichsam ‚auto-matisch‘ regenerieren können. Er modifizierte seine handelspolitische Programmatik nunmehr ein wenig: statt eines direkten

142 a.a.O., S. 269 f.

143 a.a.O., S. 129. Als „Liberaler und als Konservativer“ lehnte er noch im Herbst 1920 das Angebot Teleki's ab, ins Kabinett einzutreten, zum Teil, weil er nicht mit den Methoden der Machtsicherung identifiziert werden wollte. Dazu auch S. 124.

144 Gratz, Gustav: Nationale und europäische Handelspolitik. in: Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Julius Wolf. Stuttgart 1932, S. 155—167, hier 159.

Wechsels von nationaler Schutzzollpolitik zu wirtschaftlicher Freizügigkeit empfahl er als Übergangslösung ein abgestuftes System von Präferenzzöllen, das den regional unterschiedlichen Krisenformen anzupassen sei. Zwischen den zu einer „wirtschaftlichen Entente“ verbundenen Staaten — so regte er an — sollten niedrigere Zölle gelten als zwischen dieser Gruppierung insgesamt und allen anderen Staaten.¹⁴⁵ Nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern überhaupt in der Innenpolitik bemühte sich Gratz weiterhin, nationalistischen Entwicklungstendenzen entgegenzuwirken. Als organisatorische Plattform erwählte er sich eine kleine, prononciert liberale Partei: nach einigem Schwanken trat er 1935 nicht in die Christliche Wirtschaftspartei ein, sondern in Károly Rassay's Liberale Bürgerpartei. Für den Wahlkreis Budapest-Nord gelangte er 1936 wieder ins Abgeordnetenhaus.¹⁴⁶ Vergeblich wandte er sich auch in dieser Funktion weiterhin gegen den eskalierenden Nationalismus und gegen Komplementäerscheinungen wie den Antisemitismus.

Die Dynamik irrational-anomischer Massenmobilisierung überrollte ihn aber nun auch in seiner Tätigkeit als Vermittler zwischen Staatsvolk und deutscher Minderheit.¹⁴⁷ Beide Seiten gerieten in den Sog eines eskalierenden Ethnozentrismus, — auf beiden Seiten verringerte sich besonders seit 1932/36 merklich die Bereitschaft zu Kommunikation und Kompromiß.

Zum einen war es die teils schwankende, teils verhärtete Haltung der Regierung vor allem in kulturpolitischen Fragen, wodurch Gratz' Vermittlertätigkeit eingeengt wurde. Zum anderen verlor er in der ungarländisch-deutschen Minderheitenorganisation selbst erheblich an Autorität: wachsende Teile vor allem der jungen Generation wandten sich unter der Führung von Franz Basch dem Deutschen Reich zu. Gratz wiederum befand sich — zumindest seinem Selbstverständnis nach — jenseits dieser Frontstellung, also auch hier im Abseits. Von der sich seit 1938 formierenden „Volksgruppe“ hielt er sich konsequenterweise fern. Er verstand sich selbst als „Deutschungar“, als Ungar deutscher Abstammung, — nicht aber als „Ungarndeutscher“, d. h. als Deutscher in Ungarn.

Tief bedrückt und ohnmächtig mußte Gratz während der letzten Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg das Vordringen des großdeutschen Nationalismus nicht nur unter der deutschen Minderheit in Ungarn, sondern auch in Österreich registrieren. Er hatte schon in den frühen dreißiger Jahren vor dessen aggressiver Energie gewarnt. Der NS-Expansionsdrang, so prophezeite er, werde nicht an den Grenzen des deutschen Sprachraums zum Still-

145 a.a.O., S. 166.

146 a.a.O., S. 271. Er rückte im Februar 1936 nach dem Tode von Pál Sándor für diesen nach. 1939 wurde er wiedergewählt. Zu dieser politischen Gruppierung u.a. Nagy, Zsuzsa L.: *Bethlen liberális ellenzéke. A liberális polgári pártok 1919–1931.* Budapest 1980.

147 Dieser Teilbereich der Tätigkeit von Gustav Gratz wird hier nur kurz angesprochen, da ihn der Verfasser bereits an anderer Stelle untersucht hat. Siehe: Trianon-Ungarn und deutsche Minderheitenpolitik. in: *Südostdeutsches Archiv XXVI/XXVII (1983/84)*, S. 139–151.

stand kommen. Er war überzeugt, daß Österreichs ‚Anschluß‘ als Vorbereitung des deutschen Griiffs nach dem Südosten zu verstehen sei.¹⁴⁸ Die Bestrebungen der NS-Außenpolitik, zugleich das Kalkül der ungarischen Politik und eine gewisse innere Wesensverwandtschaft der beiden Herrschaftssysteme drängten, seingr Auffassung nach, Ungarn allmählich an die Seite des Dritten Reiches. Den Nationalsozialismus selbst hatte Gratz schon frühzeitig kennengelernt. Höchstwahrscheinlich schon in den frühen zwanziger Jahren. Zunächst war er der NSDAP gegenüber eher positiv eingestellt gewesen: er hatte gehofft, sie werde endlich eine praktikable, gemäßigt-reformerische Verbindung von Nationalismus und Sozialismus zustandebringen,¹⁴⁹ beide ideologische Radikalismen also entschärfen, — ein alter Traum politischer Alchemie im Lager der liberalen Liberalismuskritik in Deutschland. Daß Hitler keineswegs der Erbe beispielsweise des ‚Nationalsozialen Vereins‘ von Friedrich Naumann war, sondern in der Kontinuität des ‚völkischen‘, des extremen Nationalismus von Schönerianern, Alldeutschem Verband, Vaterlandspartei u. ä. stand, erkannte Gratz schon bald. Seine Entfremdung vom frühen Nationalsozialismus begann bereits 1921/22 im Zusammenhang mit der Ermordung der Minister Erzberger und Rathenau.¹⁵⁰ Daraus ergab sich offene gegenseitige Ablehnung, — vorrangig im Rahmen deutscher Minderheitenpolitik in Ungarn. Schließlich kam es am 5. Mai 1944 zu Gratz' Deportierung ins Konzentrationslager Mautausen.

VI

So darf der Lebensgang des deutschungarischen Politikers Gustav Gratz gewiß als ein Weg, oder besser gesagt: als die *Suche* nach einem Wege *jenseits* von Nationalstaat und Nationalismus interpretiert werden. Auf einem Fundament von teils anerzogenem oder intuitiv angenommenem, teils bewußt erfaßtem Liberalismus und von pragmatisch-konservativer Lebenserfahrung bemühte er sich, am politischen Alltag übernational gültige Prinzipien von Vernunft, Humanität und historischer Legitimität zu ihrem Recht kommen zu lassen. Zwar ist er als Politiker — trotz einer zunächst glänzenden Karriere — letztlich gescheitert. Aber es gelang ihm, jenen Wertvorstellungen und jener politisch-sozialen ‚Haltung‘, in die er früh eingewachsen war, in hohem Maße treu zu bleiben.

Gerade das ‚Altmodische‘, also das supranationale Moment seiner Konzeption stellt sich in heutiger Perspektive als aktuell und zukunftsreich heraus. Es enthielt Ansätze zu einem Protest gegen die aktionistisch-manipulative Nationalisierung des politischen Lebens in Ungarn. Sicherlich waren auch Gratz' eigene Vorstellungen nicht ohne konzeptionelle Schwächen.

148 Siehe u.a. S. 28 ff.

149 a.a.O., S. 329.

150 ebda.

Sein großbürgerlich-wirtschaftsnaher Interessenhintergrund, den die Memoiren nicht vollständig aufhellen, setzte ihm als Politiker bestimmte Grenzen. Dazu gehört, daß der Experte für Handelspolitik den *sozial*politischen Problemen seiner Zeit zu wenig Verständnis entgegenbrachte. Er überschätzte ferner die Möglichkeit, Politik im Zeitalter der — sich in Ungarn herausbildenden — industriellen Massengesellschaft noch von oben langfristig zu planen und durchzusetzen.

In Vorzügen und Schwächen dieser Art kommt zum Ausdruck, wie sehr Gratz als Politiker schon *vor* 1914 geprägt worden ist. Als Anhänger von Dynastie, Gesamtstaat, dualistischem System ebenso wie als Eleve der politischen Technik jener antimodernistisch deformierten Variante des Liberalismus á la Wekerle und István Tisza. Daraus folgt: eine historische Interpretation sollte ihrem Urteil über Gratz nicht die politischen Kategorien ‚Trianon‘-Ungarns zugrundelegen; insbesondere nicht die viel zu enge Perspektive des nationalitätenpolitischen Gegensatzes von Staatsvolk und Minderheit.

Hervorstechend, menschlich eindrucksvoll erscheint seine Loyalität gegenüber der Habsburgermonarchie *auch* im Angesicht des Mißerfolges. Grundlegend dafür war seine Überzeugung, daß er sich als Minderheitenangehöriger in diesem Staate eine sinnerfüllte, erfolgreiche Existenz hatte aufbauen können. Er hatte die Dynastie als historisch legitimierte, relativ neutrale Autorität jenseits von Nationalismus und Nationalitätenstreit, jenseits nationaler und sozialer Gegensätze begreifen- und schätzensgelernt. Seine persönliche Identitätssuche jenseits von Nationalstaat und Nationalismus, Staatsvolk und Minderheit kann in mancher Hinsicht als personengeschichtliches Exempel für das Identitätsproblem breiter Bevölkerungsschichten Ungarns dienen: unzählige Menschen brachen im Verlaufe des letzten Jahrhunderts auf, um ihren sozialen ‚Ort‘ und ein neues Selbstverständnis zu finden. Dokumentierung und Interpretation des Lebensweges von Dr. Gustav Gratz aus dieser Perspektive sind daher nicht nur von biographischem Interesse, — sie könnten nicht nur das historiographische Bild des ‚Magyaronen‘ Gratz als negativer Symbolfigur der ungarndeutschen Zeitgeschichte korrigieren, sondern auch ein besseres Verständnis des ethnischen Assimilationsproblems in Osteuropa überhaupt ermöglichen.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1985

Band/Volume: [47](#)

Autor(en)/Author(s): Schödl Günter

Artikel/Article: [Ungarische Politik jenseits von Nationalstaat und Nationalismus: Gustav Gratz \(1875-1946\) 58-79](#)